

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Königliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht: Dem Landdechanten Boll zu Gieseler den Rothen Adler-Orden 3. Klasse; dem Major a. D. Schweizer und dem Ober-Reviseur a. D. Wulfe zu Hannover den Rothen Adler-Orden 4. Kl.; dem Zahlmeister Kutscha und dem Schullehrer Seidenstricker zu Homburg v. d. H. den Rgl. Kronen-Orden 4. Kl.; sowie dem Kreisgerichts-Roten Hoppe zu Ratibor das Allgemeine Ehrenzeichen, und dem Kreisphysikus Dr. Hartcop in Lennep den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen den 13. Mai, 6 Uhr Abends.

Berlin, 13. Mai. [Reichstag] Die Vorlage, betr. die Aufhebung der Elbzölle, rief eine längere Debatte hervor. Präsident Delbrück verteidigte die Vorlage aus Billigkeitsrücksichten. Es wurde 2. Beratung im Plenum beschlossen. Der Postvertrag mit England und der Additonal-Postvertrag mit Amerika werden angenommen. Die noch unerledigten §§ 47—74 des Gesetzes über das Autorenrecht werden erledigt.

Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz

wird demnächst den Reichstag beschäftigen; wir wollen heute nur auf eine Frage aufmerksam machen, die sich dabei erhebt. In der „Spen. Bzg.“ ist ein längerer Artikel enthalten, welcher eine außerordentliche wichtige Bestimmung dieses Gesetzes beschränken will; in diesem Artikel wird von ganz partikuläristischem Standpunkte aus ausgeführt, wie es außerordentlich bedenklich erscheine, daß nach den Vorschlägen der Commission Personen aus ihrem Geburtslande sollen ausgewiesen und zur Unterstützung nach ihrem bisherigen Arbeitsorte hin dirigirt werden können. Uns will es gerade scheinen, daß dieser Punkt ein Hauptvorzug des Gesetzes ist und daß die Commission sich mit der Annahme dieses Grundgesetzes, welcher in der Regierungsvorlage nicht enthalten war, ein wahres Verdienst um die Einigung der im Nordb. Bunde befindlichen Staaten erworben hat. Daß mit der Freizügigkeit das Heimathrecht welches bisher in den meisten Staaten den Unterstützungswohnsitz vertrat, fallen mußte, ist klar, denn wie will man das Heimathrecht aufrecht erhalten, während es Jedem gestattet ist, dort sein Brod zu verdienen, wo er es am besten findet? Wie soll sein Geburtsort und daher auch sein Geburtsland verpflichtet sein, ihn zu unterhalten, wenn er nach 20, 30 Jahren erwerbunfähig wird? Offenbar muß die früher auf der Heimath, d. h. auf dem Geburtsorte oder Geburtslande ruhende Unterhaltungspflicht mit der Freizügigkeit auf den Ort übergehen, wo Jemand sich sein Brod erwirbt. Wenn man den Mißbrauch kennt, welcher mit dem Heimathrecht von einzelnen Staaten getrieben wurde, so wird man dies noch mehr begreifen. Hamburg z. B. beschäftigte eine große Zahl von fremden Arbeitern, ließ es aber niemals zu, daß dieselben in Hamburg irgendwie das Heimathrecht erwarben; waren sie allmählig alt und arbeitsunfähig geworden, so wies sie die gute Stadt Hamburg in ihre Heimath zurück und erfreute sich aus diesem Grunde einer ganz außerordentlich geringen Zahl von unterstützungsbedürftigen Armen; die Nachbarstaaten aber, welchen die arbeitunfähigen gewordenen Leute zugeschoben wurden, beklagten sich schwer, wenn auch erfolglos über das ihnen angethane Unrecht. Ganz ähnlich war das Verhältnis im Königreich Sachsen, welches noch außerdem den Vortheil hatte, daß bei der Zollabrechnung diese gar nicht den sächsischen Staatsverbande angehörigen Ausländer Sachsen zu Gute gerechnet wurden. Sachsen hatte also den doppelten Vortheil, einmal eine Menge fremder Arbeitskräfte Jahre lang anzusehen zu können, ohne irgendwie für ihren Unterhalt im Falle der Arbeitsunfähigkeit sorgen zu müssen, und andererseits genoß es Bollenmaßnahmen, die ihm vernünftiger Weise gar nicht zukommen durften. Daß ein solcher Zustand auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, scheint uns klar; auch geht daraus hervor, daß die Klagen des Artizel-schreibers in der „Spenerschen Bzg.“, welche auf den mit den Verhältnissen Unbekannteren einen Eindruck zu machen wohl geeignet sind, vollkommen ungerechtfertigt erscheinen. Man muß sich doch endlich daran gewöhnen, die verschiedenen Staaten des Nordb. Bundes in ihren Beziehungen zu einander nicht länger als „Ausland“ zu betrachten. Warum soll endlich derjenige, welcher Jahre lang in der Fremde sein Brod erworben hat, dadurch irgendwie gedemüthigt werden, daß er in denselben Fremde auch unterhalten wird, wenn seine Arbeitsunfähigkeit eintritt?

Schlafcoups und Wagenalons.

Als die Eisenbahnen vor dreißig Jahren in Deutschland entstanden, schreibt der „Sprudel“, dachte noch weder der Ingenieur, noch das Publikum an diese beiden Artikel. Dennoch wollten die Leute damals wie jetzt schlafen, wenn sie müde waren, und fuhrten damals wie jetzt auf den Bahnen, wenn sie auf ihrem Wege lagen. Aber es war der Unterschied, daß sie damals nicht daran dachten, auf der Bahn zu schlafen. Es war so wenig Sache der Post als der Eisenbahn, für Nachtlager zu sorgen. Demgemäß waren ursprünglich die Sitzplätze fest, von einem bequemen Hinlegen war keine Rede, einen Salonwagen konnte man nicht. Wer hatte auch Reisen zu machen, die länger als einen Tag dauerten, wenn man ohne wesentlichen Aufenthalt jede zehn Minuten eine deutsche Meile zurücklegte? Das Wort Schlafcoups ist ein neues Wort im deutschen Wörterbuch. Ein Schlafcoups ist wie ein Salonwagen nicht fähig denkbar, wo es sich um kurze Fahrten handelt. Schlafen will man nur dann, wenn man weit zu reisen hat. Weit zu reisen hat man aber nur dann, wenn man Geschäfte in der Ferne hat. Die Entwicklung des Geschäftslebens geht daher voraus, daß Schlafcoups der Eisenbahn folgt. Es ist ein Zeichen der Zeit, es ist nicht wegen des Comforts da, sondern es war genommen und bezahlt, weil Zeit Geld geworden ist. Das Schlafen in der Eisenbahn wird zu einem Stück Geschäft; es ist nicht ein bloßes Schlafen, sondern es ist der Gewinn eines Tages. Wir haben immer behauptet, daß kein Volk zu etwas kommen kann, das Zeit hat. Es genügt aber nicht, bloß am Tage keine Zeit übrig zu haben. Man muß

* Berlin, 12. Mai. Die „Allg. Bzg.“ hat in ihren neuesten Nummern nun auch die Depesche, welche Graf Venst nach Rom gesandt, sowie die Antwort Antonellis veröffentlicht. Der österreichische Kanzler betont zunächst die Bereitwilligkeit der k. l. Regierung, die Kirche in der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten ungehindert zu lassen. Kundgebungen des Concils hätten aber nicht nur die österreichische Regierung, sondern auch die öffentliche Meinung beunruhigt. Sollte es zur Ausführung dieser Kundgebungen — es werden speciell die bekannten 21 Canones genannt — kommen, so würde sich eine unausfüllbare Kluft zwischen den Gesetzen der Kirche und denen der modernen Gesellschaft aufthun. Die österreichische Regierung erblicke in einigen jener Canones eine Tendenz zur Lahmlegung der Action der weltlichen Gesetzgebung und zur Schwächung jener Achtung, die jeder Bürger den Gesetzen seines Landes schulde. Graf Venst sagt schließlich, daß seine Regierung die Veröffentlichung jedes der Majestäts der Gesetze zu nahe tretenden Actes unterlagen und jeden, ohne Ausnahme, der das bezügliche Gebot verlege, vor Gericht zur Rechenschaft ziehen werde. Cardinal Antonelli läßt sich durch letztere Drohung nicht im mindesten aus seinem diplomatischen Gleichmuth bringen. Im wesentlichen gleicht seine Antwort der, welche er der französischen Regierung gegeben. Die Doctrinen, welche hervorgehoben würden, seien nicht neu, sondern wiederholt in den Alten frührer Concilien ausgesprochen, von den Päpsten in Erinnerung gebracht und in katholischen Schulen gelehrt worden. Die Kirche wisse recht gut, bis zu welchen Grenzen ihre Macht reiche, verleihe aber auch nicht die Grenzen der weltlichen Machtphäre; sie wache eifersüchtig über die eigenen Prärogative, achte aber in gleicher Weise die weltlichen Gerechtigkeiten. Es sei die Mission der Kirche, Glaubens- und Morallehren vorzuschreiben. Die Fürsten hätten darin keine Veranlassung zur Beunruhigung finden können, sondern seien vielmehr, in kluger Würdigung des Einflusses der kirchlichen Action auf den Gang der bürgerlichen Gesellschaft, bekanntermaßen zu wiederholten Malen als Vertheidiger der ausgesprochenen Doctrinen aufgetreten und hätten deren vollständige Einhaltung durch den Bestand königlicher Macht gefördert. Ferner verdiene auch die Bemerkung hervorgehoben zu werden, daß die Kirche in der Handhabung dieses ihres obersten Lehramtes die freie Action der Regierungen nicht nur nicht gehemmt und paralysirt, sondern vielmehr erleichtert habe, indem sie den Gläubigen jederzeit die göttliche Norm zu Gemüthe führte: dem Cäsar zu geben was des Cäsars sei, und gleichzeitig auch Cäsar erinnerte die Bürger nicht zu beirren, daß sie Gott geben was Gottes sei. Die Geschichte lehre übrigens in unzähligen Beispielen, daß die Kirche immer die Unterwerfung unter die legitime Macht gelehrt und revolutionäre Doctrinen immer verworfen und verdammt habe. Schließlich versichert Antonelli, die Kirche werde die durch die Concordate gezogenen Grenzen nicht überschreiten, falls nur die Regierungen von den eingegangenen Verpflichtungen nicht abfallen würden. — Man sieht der päpstliche Diplomat ist hier den k. l. Diplomaten überlegen, der mit der einen Hand das Concordat aufrecht erhält und mit der anderen der römischen Kurie drohen will!

Durch ministerielle Circular-Verfügung sind die Regierungen und Landesregierungen veranlaßt worden, bei Gelegenheit der zur Ausführung des Wildschon-Gesetzes zu erlassenden Instruction die Polizeibehörden anzuweisen, bei jedem Verlaufe confiscirten Wildes die Kaufstümpfen darauf besonders aufmerksam zu machen, daß der Käufer des mit Beschlag belegten Wildes dessen weiteren Betrieb bei Vermeidung der im Gesetze angebrohten Strafen während der Schonzeit nicht vornehmen darf.

Die dem Bundesrathe gemachte Präsidialvorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigungspflicht bei Tötungen und Körperverletzungen durch Bergbau, Eisenbahn- und Fabrikbetrieb, besteht aus 8 Paragraphen. Der § 1 lautet: „Wenn bei Bewegung von Eisenbahnfahrzeugen auf den Bahngleisen ein Mensch getödtet oder körperlich verletzt wird, so haftet der Eisenbahntransport-Unternehmer für den dadurch erwachsenen Schaden, sofern er nicht nachweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getödteten oder Verletzten verursacht ist.“ § 2. „Wer ein verliehenes oder nicht verliehenes Bergwerk, einen Steinbruch, eine Grube oder eine Fabrik betreibt, haftet, wenn durch das Verschulden eines Bevollmächtigten oder eines Repräsentanten oder einer zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder der Arbeiter angenommenen Person in Ausführung ihrer Dienstverrich-

auch des Nachts keine Zeit haben, und das Schlafcoups macht mitten im Schlafe die Nacht zum Tage, den Schlaf zur Arbeit, das Ausruhen zum Geschäft. Wie wichtig die Schlafcoups für reisende Kranke, bedarf wohl keiner weitläufigen Auseinandersetzung. Bald wird es nirgend mehr einen Zug geben, in dem nicht die Schlafwagen sich finden. Und vor Allem darum, weil wir bald nicht mehr bei dem Schlafcoups stehen bleiben werden.

Denn in der That, wenn ich vermöge der Schlafcoups die Nacht nicht mehr verliere, warum soll ich vermöge des gewöhnlichen Personencoups und seiner entsetzlichen Langweile den Tag verlieren? Warum soll ich am Tage den Salon des Hotels entbehren, während ich in der Nacht das Bett desselben auf der Bahn wiederfinde? Ich kann einen „Salonwagen“ mieten — sehr wohl. Aber das convenient nicht Jedermann. Deshalb soll ich denn die Benutzung des Salons nicht auch haben können, wenn ich als Einzelnr fahre? Warum soll die Bahn nicht allgemeine Wagenalons mitführen, mit Zeitungen, Cigarren und Kaffee, zu denen Jeder Zutritt hat, in denen Jeder ein Stück Zug mitfahren, Jeder sich am Tage in guter Gesellschaft und freier Bewegung erholen kann? Es ist kein Zweifel, mit dem Schlafcoups ist der erste Schritt gethan, aus dem Personenzug ein fahrendes Hotel zu machen. Der zweite Schritt wird der Hotelwagen oder Wagenalon selbst sein. Dieser Wagenalon wird zwei Eingänge haben. Er wird einen kleinen Vorraum haben mit einer Kaffeelücke und einem Kellner. Er wird höchst elegant decorirt werden. Er werden dort Tische stehen mit Zeitungen, Schachbrettern, Dominos, Tassen, Gläsern, Cigarrenbechern. Er wird erst

geöffnet werden auf der Fahrt selbst. Jeder Passagier hat das Recht, ihn zu betreten, aber nur gegen eine Salontaxe. Diese wird nicht viel kosten, aber den Wagen selbst dreifach zahlen. Es werden dann allmählig drei Wagenalons entstehen. Für die erste und zweite Klasse, einer für die Damen, einer für die dritte Klasse. Sie werden ein einträgliches Geschäft bilden und der Bahn, welche sie zuerst einführt, großen Ruhm bringen. Man wird in dritten Salons erst bloß Erfrischungen nehmen, dann wird man auch darin speisen. Zene Butterschnitte und kalten Häherbeine, die Feldflasche und das unpractische Trinkglas werden verschwinden, ein Gastwirth wird den Salonwagen pachten und die Annonce wird sich seiner bemächtigen. Wir sehen sie im Geiste, die Zeit, wo das Fahren an und für sich eine gefellige Erholung sein wird, und wo man an einem Tage in einem Wagenalon mehr sehen und lernen wird, als in einer Woche in mancher Stadt. Das Publikum wird sich freuen und der Betrieb wird gewinnen. Und die Zeit, wo das sich verwickelt, wird bald kommen. Wenn erst die Reisenden von London und Paris, vom Rhein und von der Elbe direct nach dem Orient „durchfahren“ werden, wenn sie erst ihre Reisen statt nach Meilen nach Tagen berechnen, so müssen wir diese Wagen bauen. Und damit wird eine neue Epoche des Reisens beginnen. (Die Amerikaner haben bekanntlich diese Bequemlichkeiten längst und auf der großen Route auf der Pacificbahn wäre ohne dieselben kaum zu reisen möglich.)

Die „Spen. Bzg.“, welche mitunter aus offiziellen Kreisen informirt wird, entlehnt dem „Pester Lloyd“ folgende Wiener Nachricht: „Verschiedene in den Blättern umlaufende Gerüchte über angebliche Absichten Preußens in und mit Deutschland sind — dem Vernehmen nach — für den interimsistischen Leiter des preussischen auswärtigen Ministeriums, Hrn. v. Thile, die — wie es scheint, nicht unwillkommene — Veranlassung gewesen, dem österreichischen Gesandten gegenüber die spontane, eben so offene als nachdrückliche Erklärung abzugeben, daß Preußen nicht daran denke, den Status quo, wie er durch den Prager Frieden und seit dem Prager Frieden geschaffen worden, irgendwie zu alteriren. Es darf vermuthet werden, daß eine ähnliche Erklärung auch noch anderer Seite hin erfolgt ist.“

Die conservative Partei — schreibt man der „B. f. N.“ — ist eifrig mit ihrer Wahlagitation beschäftigt; selbst für Berlin, wo sie doch gar keine Aussichten hat, bat sie einen Plan zur Organisation abgefaßt und drucken lassen. Er ist jedenfalls von Jemand verfaßt, der mehr als einmal agitirt hat und genau weiß, wie Leute, die eigentlich keine politische Meinung haben, gewonnen, um den technischen Ausdruck der Organisation zu gebrauchen, „geworben“ werden können. Gestern Abend verammelten sich die Spigen der Partei, um Vertrauensmänner zu wählen.

Schulze-Delitzsch hat an den Bundeskanzler die Interpellation gerichtet, ob eine Entscheidung seitens des Bundesraths über den in der Session des Reichstages von 1869 (56. Sitzung vom 21. Juni 1869) angenommenen, von ihm eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen, erfolgt oder demnächst zu erwarten ist? Im vergangenen Jahre und auch jetzt wieder war die baldige Einbringung eines dem Schulze'schen Gesetz fast in allen Theilen entsprechenden Entwurfs in Aussicht gestellt worden. — Die Antwort auf die Interpellation ist für Montag zugesagt.

Der Prozeß, welchen die Generalverwaltung des kaiserlich hessischen Fideicommiss-Vermögens gegen die Fürstin von Hanau wegen der zu dem ihr eigenthümlich zustehenden sogenannten „Reinen Palais“ in Kassel gehörigen, in der Karlsstraße befindlichen Gebäude angestrebt hatte, ist nun auch in der letzten Instanz, dem Oberappellationsgericht in Berlin, zu Gunsten der Fürstin entschieden worden.

Für Mitte Juni d. J. ist von einem Kreise von Arbeitgebern aus verschiedenen Gegenden Deutschlands, aus dem Elsaß und der Schweiz die Abhaltung einer internationalen Arbeitgeberconferenz, welche sich mit der Arbeiterfrage beschäftigen soll, in einer mittelrheinischen Stadt in Aussicht

